

Merkel, Wolfgang

Book Part — Digitized Version

Struktur oder Akteur, System oder Handlung: gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Merkel, Wolfgang (1994) : Struktur oder Akteur, System oder Handlung: gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?, In: Wolfgang Merkel (Ed.): Systemwechsel. Band 1: Theorien, Ansätze und Konzeptionen, ISBN 3-8100-1184-3, Leske + Budrich, Opladen, pp. 303-331

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112605>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Struktur oder Akteur, System oder Handlung: Gibt es einen Königsweg in der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung?

Wolfgang Merkel

Die beiden großen Paradigmen sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, System und Akteur bzw. Struktur und Handlung, prägten auch und gerade die Transformationsforschung der letzten 35 Jahre. Dabei beeinflussten sie selten gemeinsam und gleichgewichtig die theoretische und empirische Forschung, sondern schienen sich in ihrer Einflußwirkung geradezu im Kuhnschen Sinne abzulösen. Folgte die theorieorientierte Transformationsforschung der fünfziger und sechziger Jahre mit Parsons (1951; 1969), Lipset (1959), Barrington Moore (1966) und Huntington (1965; 1968) insbesondere makrosoziologisch-funktionalistischen oder makrosoziologisch-strukturalistischen Theoriesträngen, prägten in den achtziger Jahren vor allem mikropolitologisch-akteurstheoretische Überlegungen die analytischen und heuristischen Konzepte. Vor allem die Arbeiten von O'Donnell/Schmitter (1986), Schmitter (1992) und Przeworski (1986; 1991; 1992) setzten hier theoretische Standards und wurden zur nicht mehr hintergehbaren konzeptionellen Referenz der empirischen Transformationsforschung. Erst die späten achtziger und frühen neunziger Jahre führten (entgegen der Kuhnschen Vermutung über die Dynamik wissenschaftlicher Revolutionen) zu einer gleichgewichtigeren Koexistenz beider Paradigmen. Vermehrt erschienen nun vergleichende Analysen und theoretische Ansätze, die von einer ausgewogeneren Berücksichtigung funktionalistischer, strukturalistischer und handlungstheoretischer Überlegungen geprägt waren (u.a. sichtbar bei: Nohlen 1988; Karl 1990; Huntington 1991; Offe 1994; von Beyme 1992; Rueschmeyer/Huber-Stephens/Stephens 1992).

Zur Ursachenerklärung der wechselnden Dominanz des system- und handlungstheoretischen Paradigmas in der Transformationsforschung seien hier zunächst zwei Vermutungen ausgesprochen: Erstens folgte die theoretische Fundierung der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung mit dem typischen *time lag* den Konjunkturen der nordamerikanisch dominierten sozialwissenschaftlichen Theoriebildung. Nachdem der methodologische Individualismus der *rational choice*-Theorien den Funktionalismus des Systemdenkens und den Determinismus neomarxistischer Strukturalisten in der Politikwissenschaft an den Rand gedrängt hatte, reproduzierten sich die-

se Dominanzverhältnisse zu Mitte der achtziger Jahre auch auf dem besonderen Feld der Transformationsforschung. Die Renaissance systemisch orientierter Modernisierungstheorien zu Beginn der neunziger Jahre wiederum dürfte jedoch die ernüchternde Erkenntnis reflektieren, daß das Axiom des *homo oeconomicus* keineswegs einen universellen Erklärungsanspruch in den Sozialwissenschaften reklamieren kann. Zweitens, und dies scheint mir für die weitere Theoriebildung wichtiger zu sein, folgte die theoretische Ausrichtung der Transitionsforschung erkennbar den historischen Ereignissen. Die ersten beiden Wogen der dritten Demokratisierungswelle, jene, die in Südeuropa zu Mitte und in Lateinamerika seit Ende der siebziger Jahre die autokratischen Regime wegzuspülen begannen, konnten plausibler über das Handeln von Akteuren als durch die subjektlose Evolution funktionaler Differenzierung erklärt werden, wie auch die Beiträge von Hans-Jürgen Puhle und Nohlen/Thibaut in diesem Band zeigen. Der jähe Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Osteuropas am Ende der achtziger Jahre schien hingegen wiederum besser systemtheoretisch über die politisch verhinderte funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme und die damit zum Scheitern verurteilte Modernisierung der Gesamtgesellschaft erklärt werden zu können. Auf der anderen Seite gab aber gerade auch die gelungene Modernisierung in mehreren südostasiatischen Staaten (Südkorea, Taiwan, Thailand, Singapur) und die danach einsetzenden Demokratisierungsprozesse der system- bzw. modernisierungstheoretischen Renaissance zusätzlichen Auftrieb (Pye 1990). Es war also keineswegs ein empirieenthobener kritischer Diskurs der *scientific community* allein, sondern vor allem die historischen Ereignisse selbst, die die Transitionsforschung zur Modifikation der akteurszentrierten Forschungshypothesen anregten.

Daraus läßt sich zunächst die, möglicherweise triviale, Erkenntnis ableiten, daß ein einziges theoretisches Paradigma unabhängig von Raum und Zeit politische wie sozioökonomische Transformationsprozesse kaum hinreichend zu erklären vermag. Darüber hinaus lassen sich aber auch Hinweise aufnehmen, daß bestimmte theoretische Konzepte zwar bestimmte Typen (z.B. *Zusammenbruch*) und Phasen (*Demokratisierung*) ein und derselben Transformation erklären können, aber schon in der nächsten Transitions- etappe (*demokratische Konsolidierung*) oder bei einem abweichenden Transitionsmodus (*Revolution*) erheblich an Erklärungskraft einbüßen, während andere Ansätze gerade hier ihr explikatives Potential voll entwickeln können. Ziel der Theoriebildung in der Transformationsforschung könnte also sein, ein ausreichend generalisiertes Konzept zu entwickeln, das politische Systemwechselprozesse zeit- und kontextunabhängig erklären kann, aber gleichzeitig offen genug ist, um eine theoriegeleitete Generierung von kontextgebundenen Transformationsansätzen mittlerer Reichweite zu erleichtern. Um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen, folgt meine Argumentation einem dreigliedrigen Aufbau. In einem ersten Schritt will ich knapp die Erklärungspotentiale und die Erklärungsdefizite der älteren (Par-

sons; Easton; Almond/Powell) und neueren autopoietischen Systemtheorie (Luhmann; Willke; Pollack) sowie der makrosoziologisch-strukturalistischen Klassen- und Staatsanalyse (Moore; Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens) herausarbeiten. Demselben Ziel der Potential/Defizit-Analyse folgt der zweite Schritt einer kritischen Würdigung des akteurstheoretischen Ansatz (Przeworski). Schließlich möchte ich nach wechselseitigen Anschlußmöglichkeiten dieser drei Theoriestränge fragen, um die jeweiligen Erklärungsdefizite zu vermeiden.

I. Makrosoziologische Ansätze

1. Die ältere Systemtheorie

Es zählt zu den Paradoxien der sozialwissenschaftlichen Analyse, daß gerade die klassische, soziologische Systemtheorie, der man als *grand theory* häufig die empirieferne Abstraktion vorgeworfen hatte, das Ende der autokratisch-kommunistischen Herrschaftssysteme prognostiziert und luzide begründet hat (Müller 1991: 262). Anders als die Totalitarismustheorie¹, die in ihren frühen Varianten (Borkenau 1940; Neumann 1942) und insbesondere auch in ihrer klassischen Version der fünfziger Jahre (Arendt 1951; Friedrich 1954, 1957; Friedrich/Brzezinski 1956) eine Überwindung der kommunistischen Systeme zwar durch *exogene* Einflüsse wie etwa Kriege² für möglich hielt, *endogenen* Prozessen aber die systemsprengende Wirkung absprach, begründete Parsons gerade mit der inneren Konstruktion der sowjetischen Gesellschaftsformation deren unvermeidliches Scheitern. Langfristig, so Parsons, könne es die kommunistische Organisation der Gesellschaft nicht mit den politischen und integrativen Kapazitäten marktwirtschaftlicher Demokratien aufnehmen: „Ich stelle tatsächlich die Prognose, daß sich die kommunistische Gesellschaftsformation als instabil erweisen wird und entweder Anpassungen in Richtung auf die Wahlrechtsdemokratie und ein pluralistisches Parteiensystem machen oder in weniger entwickelte und politisch weniger effektive Organisationsformen „regredieren“ wird; ... Das kann nur bedeuten“, pointiert Parsons seine Prognose, „daß die monolithische Einheitspartei schließlich ihr Monopol der politischen Verantwortung aufgeben muß“ (Parsons 1969b: 70f).

Der Kern von Parsons Argumentation führt auf das Theorem der funktionalen Differenzierung³ zurück. Danach läßt sich die Entwicklung von traditionellen zu modernen Gesellschaften als die Ausdifferenzierung von Teilsystemen beschreiben. Ausgehend von der industriellen Revolution setzte sich die Differenzierung von Ökonomie und politischer Herrschaft, politischem System und ziviler Gesellschaft sowie die Ablösung sozialer Normen von religiösen Begründungen (kulturelles System) in den westlichen Gesellschaften durch.

Von Durkheim und Weber inspiriert führt Parsons Weg in die Moderne über die Ausdifferenzierung von vier zentralen Funktionssystemen: Wirtschaft (Anpassung), Politik (Zielerreichung), Soziale Gemeinschaft (Integration) und Kultur (Erhaltung von Wertmustern). Dieser Weg ist bei Parsons normativ wie geschichtlich festgelegt und trägt universellen Charakter. Nur wenn Gesellschaften bestimmte „evolutionäre Universalien“⁴⁴ ausbilden, können sie langfristig das Niveau ihrer Anpassungskapazität an die Umwelt und damit ihren eigenen Bestand sichern. Zu den wichtigsten Universalien, die für funktional differenzierte Gesellschaften bestandsnotwendig werden, zählt Parsons Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen (Parsons 1969b: 57). Fehlen zentrale evolutionäre Universalien, vermag das politische System nicht mehr die notwendige Selektionsleistung der Reduktion der ansteigenden Umweltkomplexität zu leisten: damit untergräbt es seine Legitimität und wird instabil. Denn im Zuge ihrer Modernisierung – und hier greift Parsons auf Durkheims Theorie des sozialen Wandels zurück – lassen sich komplexe Gesellschaften nicht durch die bloße Oktroyierung sozialer Normen integrieren. Der neue Integrationsmodus, Durkheims „organische Solidarität“, basiert nicht mehr auf Zwang, sondern auf der reflektierten Anerkennung der Werte und ihrer Internalisierung durch die Gesellschaftsmitglieder. Strukturwandel wird also von Parsons konsequent als Wandel der normativen Kultur definiert. Damit dieser Wandel auf eine höhere Gesellschaftsstufe hin stattfinden kann, sind demokratische Verfahren unverzichtbare Universalien. Denn je differenzierter eine Gesellschaft wird, „desto wichtiger ist eine effektive politische Organisation, und zwar nicht nur hinsichtlich ihrer Verwaltungskapazität, sondern auch, und vor allem, hinsichtlich ihrer Unterstützung einer universalistischen Rechtsordnung“ (Parsons 1979: 70). Aus dieser Perspektive ist nicht die allgemeine „Legitimierung von Macht und Herrschaft die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht. ... Keine Institution, die sich von den demokratischen Institutionen grundlegend unterscheidet, ist zu dieser Leistung in der Lage“ (ibid.).

Parsons thematisiert hier die beiden entscheidenden Aspekte der Stabilität politischer Systeme: Die funktionale Differenzierung der Gesellschaft und die ausreichende Legitimationszufuhr aus der Gesellschaft für das politische System. Die kommunistischen Herrschaftseliten der osteuropäischen Gesellschaften verweigerten, behinderten oder revidierten aber die funktionale Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme und ersetzten die moderne „reflektierte Anerkennung der Werte“ durch den vormodernen Modus des Zwanges und einer konkurrenzlos verordneten Ideologie. Wirtschaft, Kultur und Soziale Gemeinschaft wurden dem Diktat der Politik unterstellt, da deren autonome Entwicklung zu einer Dezentralisierung der Informations- und Machtressourcen und längerfristig zu einem politischen

Kontroll- und damit Herrschaftsverlust geführt hätte. Je stärker autokratische Herrschaftsformen eine „totalitäre“ politische Durchdringung der Gesellschaft realisieren, umso stärker behindern sie die funktionale Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilbereiche. Die „totalitäre“ Durchdringung der Gesellschaft erleichtert und perfektioniert zwar für eine bestimmte Zeit die Herrschaftskontrolle, führt dann aber bei deren Verlust nur zu einem umso fundamentaleren Zusammenbruch des autoritären Systems. Dieser Zusammenhang läßt sich insbesondere mit dem theoretischen Instrumentarium der autopoietischen Systemtheorie verdeutlichen.

2. Die autopoietische Systemtheorie

Luhmann radikalisiert das Theorem der funktionalen Differenzierung. Noch Parsons' Vorstellung einer politischen Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Prozesse, die implizite Annahme also, das politische System sei anderen gesellschaftlichen Teilsystemen übergeordnet, ist für ihn eine Illusion. Theorien, „die immer noch von einer Spitze oder einem Zentrum ausgehen“, so Luhmann (1986: 203), verkennen die Tatsache, daß mit dem Übergang von der stratifikatorischen zur funktionalen Differenzierung auch die Möglichkeit einer den gesellschaftlichen Teilsystemen übergeordneten Superrepräsentation obsolet geworden ist. Die gesamtgesellschaftliche Modernisierung vollzieht sich allein als funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme. Dabei erfolgt die elastische Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen durch den Entwurf und die Verwirklichung funktionaler Äquivalente „im Rahmen der Teilsystemfunktionen und ihrer Codierungen“ (ibid. 207). Deshalb gilt: „kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten“ (ibid.). Auch nicht die Politik die Wirtschaft oder die Religion das Recht. Denn erst die sinnhaften Selektionsmechanismen, die sich als evolutionäres Ergebnis zur Komplexitätsreduzierung in spezialisierten Teilsystemen herausgebildet haben, sichern in diesen die effiziente Problembearbeitung, dynamische Stabilität und Reproduktion. Den Teilsystemen erwächst durch die voneinander grundsätzlich verschiedenen basalen Codes eine „natürliche Autonomiesicherung“ (Luhmann 1981: 84), die sie gegen effizienzmindernde Übergriffe anderer Codes (etwa des politischen Systems) zumindest teilweise immunisiert. Werden solche (politischen oder etwa religiösen) Übergriffe dennoch massiv und repressiv erzwungen, wie etwa in den kommunistischen Systemen oder dem Iran der Scharia, müssen diese Substitutionsversuche mit „Entdifferenzierung, das heißt mit Verzicht auf die Vorteile der funktionalen Ausdifferenzierung bezahlt werden“ (ibid.)⁵.

Es lohnt sich hier innezuhalten, um aus der Luhmannschen Perspektive zu fragen, was passiert eigentlich, wenn politische Regime gegen das Evolutionsgesetz der funktionalen Differenzierung verstoßen und paradoxerweise die gesellschaftliche Modernisierung gerade über das hierarchische Zen-

trum „Staat“⁶ erzwingen wollen? Allgemein ließe sich antworten: je weiter politische Regime auf dem Kontinuum von idealer Demokratie und vollendetem Totalitarismus zum totalitären Pol tendieren⁷, umso mehr legen sich politische Funktionsimperative über die teilsystemspezifischen Codes, verhindern deren Operationalisierung in Programme und hemmen damit die für die Effizienzsteigerung notwendige weitere funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme wie etwa dem Wirtschafts-, Rechts- und Wissenschaftssystem. Erstreckt sich ein solcher politischer Oktroy über längere Zeitperioden insbesondere auf die Wirtschaft⁸, muß dies zur Effizienzminde- rung, der Regression ökonomischer Wohlfahrt und damit zu weiteren Legitimationsverlusten autoritärer politischer Systeme führen. In der systemtheoretischen Begrifflichkeit der Autopoiesis heißt dies, daß der auf Zahlungen beruhende Code, der eine ökonomische Rationalität im Umgang mit knappen Gütern garantiert, geknackt und von einem der Herrschaftssi- cherung und einem „kommunistischen“ Gesellschaftsmodell verpflichteten politischen Code überlagert wurde. Detlev Pollack hat dies unlängst in sei- ner systemtheoretischen Analyse des gesellschaftlichen Umbruch in der DDR aufzuzeigen versucht (Pollack 1990).

In der DDR und den Systemen des real existierenden Sozialismus schränkten politisch induzierte Entdifferenzierungsprozesse die in der sozia- len Selbstorganisation und individuellen Selbstbestimmung angelegten Pot- entiale gesellschaftlicher Modernisierung ein. Wirtschaftlichkeit, Wissen- schaftlichkeit, Gesetzmäßigkeit, Fachkompetenz wurden, soweit durchsetzbar, der Dominanz des allgegenwärtigen politischen Codes von sozialistisch/ nicht-sozialistisch unterstellt. Organisationssoziologisch argumentiert, hat die SED sich an die Spitze der DDR-Gesellschaft gesetzt, „sie wie eine Or- ganisation von oben her eingerichtet und eigenständig über die Wahl des Programms, der Struktur und des Personals entschieden“ (ibid: 295). Es war die große Illusion zu glauben, der kommunistische Leviathan⁹ könne genü- gend Information verarbeiten und hinreichend komplex planen, um die opti- male Selektionsleistung den Teilsystemen von außen *und* von oben her zu verordnen. Damit glaubte man nicht nur flexibel genug auf die Modernisie- rungsanforderungen einer sich beständig ändernden Umwelt reagieren zu können, sondern darüber hinaus auch die Kontingenz der sozialen Evolution durch gezielte Steuerung auszuschalten. Dies mußte schon daran scheitern, daß sich die funktionale Ausdifferenzierung in den gesellschaftlichen Teil- bereichen „schneller, dynamischer und umwälzender“ ereignet „als im staatlich-administrativen Bereich“ (Willke 1988: 286). Durch die künstliche und gewaltsame Installierung des Staates als die allzuständige Spitze der Gesellschaft wurden deren Teilsysteme eng an die Politik gekoppelt. Funk- tionskrisen in den Teilsystemen (z.B. der Wirtschaft) schlugen deshalb di- rekt auf das politische System durch. Die Stabilität der kommunistischen Regime hing aber vor allem davon ab, daß der wechselseitige Austausch von subalternen Integration der Bevölkerung und ihrer ausreichenden mate-

riellen Versorgung funktionierte (Merkel 1990: 33f). Durch die oben beschriebene Einfrierung der funktionalen Differenzierung des Wirtschaftssystems ging aber dessen Leistungsfähigkeit und damit die für das politische System bestandsnotwendige Versorgung der Gesellschaft mit materiellen Gütern zurück. Dies wiederum verminderte die Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung. „Das System wurde also durch dieselben Widersprüche geschwächt, deren Institutionalisierung es jahrzehntelang stabilisierte. Insofern führte gerade die Stabilisierung des in sich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung, zu einer Art innerer Aushöhlung“ (Pollack 1990: 296).

Freilich ist dies nicht die einzige Paradoxie, die die kommunistischen Regime gleichermaßen stabilisierte wie bedrohte. Auch außenpolitisch war die systemische Geschlossenheit einer Reihe von Staaten im sogenannten Ostblock die Voraussetzung für das Überleben der osteuropäischen Regime. In dem Moment aber, in dem sich ein Element der inneren und/oder äußeren Geschlossenheit löst, reißt es andere mit sich. In Osteuropa waren es Perestroika und die Öffnung der ungarischen Grenze, die zu einer bestandsauflösenden Krise im Inneren der politischen Systeme führte. Außenpolitisch war es die zu enge Kopplung unter den „kommunistischen Bruderstaaten“, innenpolitisch die zu enge Kopplung der gesellschaftlichen Teilsysteme an die Politik, die zeitweise die Existenz der autoritären Regime in Osteuropa sicherte, in der Krise von 1989 aber die Beschleunigung ihres kollektiven Untergang besiegelte.

Mit Luhmann ließe sich argumentieren, daß ein ausdifferenziertes politisches System die Gesellschaft als „Verhältnis von Konsens und Zwangsausübung“ begreift und das eigene Verhältnis zu diesen Bedingungen zu optimieren sucht. „Dabei sind Konsens und Zwang einerseits spezifische Operationen, zugleich aber auch Pauschalformeln und Horizonte für gesellschaftliche Bedingungen und Folgewirkungen, die dem Teilsystem Politik nie voll durchsichtig werden können“ (Luhmann 1986: 204). Über Luhmann hinaus läßt sich präzisieren, daß Demokratien im Vergleich zu Autokratien nicht nur stärker konsens- als zwangsorientiert sind, sondern auch über effektivere Sensoren und Rückkopplungsmechanismen verfügen, die das fürs Überleben und die Stabilität des politischen Systems angemessenere Mischungsverhältnis von Zwang und Konsens rückmelden. Karl Deuschs auf kurze Zeiträume bezogene Definition von Macht: „Power is the ability to afford not to learn“ (Deutsch 1966: 111) erwies sich für die kommunistischen Herrschaftseliten mit dem Andauern ihrer Machtausübung als zunehmend trügerisch. Um dies zu verdeutlichen, kann man getrost hinter (den autopoietischen) Luhmann „zurückfallen“¹⁰ und auf die politikwissenschaftliche Systemtheorie der sechziger Jahre zurückgreifen.

3. *Legitimation und Stabilität in der politikwissenschaftlichen Systemtheorie*

Die weitreichende Verdrängung teilsystemspezifischer Kommunikationscodes durch politisch diktierte, teilsystemfremde Codes in autoritären Regimen führte zu einer „künstlichen“ Begrenzung der Leistungsfähigkeit der Teilsysteme. Denn eine solche „riskante Strategie“ der Entdifferenzierung verspielt nicht nur die produktiven Vorteile von Arbeitsteilung und Spezialisierung, sondern sie ebnet vor allem auch „die spezifische Intelligenz und Expertise von dezentralen Einheiten“ ein (Willke 1992: 69). Dies gilt in besonderem Maße für die politisch erzwungene Organisationsform der Wirtschaft, aber auch für Wissenschaft, Recht und Erziehung. Da zudem die Okroyierung politischer Vorgaben und Ziele in autoritären Systemen in der Regel hierarchisch-repressiv durchgesetzt werden müssen, verschütten sie meist gleichzeitig die beiden wichtigsten Quellen der Legitimationszufuhr zur Stabilisierung des politischen Systems, nämlich die „selektive“ und „diffuse Unterstützung“ der Bevölkerung. Diesen Zusammenhang haben in der Politikwissenschaft am deutlichsten Easton (1965) und Almond/Powell (1966) herausgearbeitet. In ihrem Systemmodell sind der Entscheidungs-*output* bzw. die *outcomes* und die *inputs* (Unterstützungsleistungen und Forderungen aus der Umwelt) durch einen Rückkopplungsmechanismus verbunden. Kommt es, bedingt durch die politisch induzierten Funktionsstörungen gesellschaftlicher Teilsysteme, zu für die Bevölkerung unbefriedigenden materialen Politikergebnissen (*outcomes*), nimmt der für die politische Herrschaftsordnung systemunterstützende *input* an aktiver Unterstützung und passiver Massenloyalität ab. Dabei ist generell, wie auch in unserem Untersuchungskontext, zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung zu unterscheiden. Der Grad der spezifischen (utilitaristischen) Unterstützung hängt von den in der Bevölkerung wahrgenommenen Leistungsergebnissen des politischen Systems ab. Das heißt, er richtet sich vor allem danach, in welchem Ausmaß die Bürger ihre materielle Wohlfahrt und Sicherheit gewährleistet sehen. Selbst in Demokratien mit ausreichend autonomen gesellschaftlichen Teilsystemen rechnet die Bevölkerung, insbesondere in Krisenzeiten, die materiellen Ergebnisse der Politik zu, und zwar weitgehend unabhängig davon, wie weit politische Entscheidungsinstanzen das Ergebnis (etwa in der Wirtschaft) überhaupt beeinflussen konnten. Was schon für Demokratien gilt, muß in dem Maße verstärkt für autoritäre Regime gelten, wie diese faktisch und symbolisch eine Allmachtkompetenz der Politik für die gesellschaftliche Entwicklung beanspruchen¹¹.

Die zweite Unterstützungsdimension, der *diffuse* bzw. *specific support*, bezieht sich auf die Fundamente der politischen Ordnung, ihre Institutionen und Verfahrensweisen selbst. In Diktaturen besitzen Institutionen und politische Entscheidungsinstanzen per definitionem keine formale demokratische Legitimation. Dieser Mangel an demokratisch erzeugter Legitimität kann in

vormodernen Gesellschaften (Afrika) durch die Akzeptanz traditionaler oder charismatischer Herrschaftslegitimation, in entwickelteren Gesellschaften durch ideologische (kommunistische Systeme Osteuropas) bzw. ideologisch und charismatisch begründete Herrschaft (Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und Deutschland) legitimiert werden. In dem Maße wie spezifische und diffuse Unterstützung, formale Legitimation und empirische Legitimität als generalisierte Zustimmungsschemata politischer Herrschaft fehlt, sind Diktaturen auf die Repression zur Herrschaftssicherung und Systemstabilisierung angewiesen. Doch Repression, eingesetzt als funktionales Systemstabilisierungsäquivalent, erzeugt abweichend von der spezifischen und diffusen Unterstützung eine ambivalente Wirkung. Zum einen hilft sie die Systemopposition zu unterdrücken, zum anderen forciert sie aber die moralische Delegitimierung des *ancien regime* und trocknet das verbliebene Rinnsal der ideologischen Legitimationsquelle aus. Längerfristig generiert die Unterdrückung regimeoppositioneller Aktivitäten den kontraintendierten Effekt der „Mobilisierung gesellschaftlicher Dissenspotentiale“ (Welzel in diesem Band).

Systemtheoretische Ansätze mögen zwar mit der politisch verhinderten funktionalen Differenzierung eine prinzipielle Ursache für den Zusammenbruch autoritärer Systeme begrifflich fassen bzw. können in ihrer modernisierungstheoretischen Konkretisierung langfristig wirkende Determinanten für die Evolution zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie benennen. Doch damit erschöpfen sich die systemtheoretischen Erkenntnismöglichkeiten aus der makrosoziologischen Perspektive. Durch die verhinderte funktionale Differenzierung oder den Verlust der Legitimität allein brechen politische Systeme ebensowenig zusammen¹², wie eine gelungene sozioökonomische Differenzierung die Existenz stabiler Demokratien garantiert. Die black box, die zwischen sozioökonomischen Requisiten und der Entstehung von Demokratien oder Diktaturen liegt¹³, wird durch systemtheoretische Analysen allein noch zu wenig beleuchtet. Mehr Licht in diese Grauzone scheinen mir strukturalistische Ansätze zu bringen, die an die theoretischen Traditionen von Marx und Weber anknüpfen. Sie begreifen politische Transformationen nicht als interessens-, macht- und handlungsfreien automatischen Prozeß sozialer Evolution, sondern sehen ihn wesentlich durch die je besondere Konstellation von Klassen, ihren Organisationsformen und der Autonomie staatlicher Institutionen beeinflusst.

4. Strukturalistische Ansätze

Der amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler Barrington Moore (1968) und jüngst Rueschmeyer¹⁴, Huber-Stephens und Stephens (1992) sind sicherlich die prominentesten Vertreter, die den strukturalistischen Ansatz¹⁵ auf die Transformationsforschung angewandt haben. In seiner kompa-

rativ-historischen Pionierstudie zu den „Soziale(n) Ursprünge(n) von Diktatur und Demokratie“ (1968) betont Moore die Bedeutung vergangener sozialer Konflikte für die Form staatlicher Herrschaftsstrukturen. Zeitpunkt der Industrialisierung, Staatsstrukturen, Staatshandeln, soziale Klassen und insbesondere deren Machtverhältnisse untereinander wie zum Staat sind bei ihm die Schlüsselkategorien, mit denen das Entstehen von Diktaturen und Demokratien erklärt werden kann. Nach Moore greift jede allein in der Gegenwart wurzelnde Transformationsanalyse zu kurz, da die besondere Konstellation dieser Schlüsselfaktoren, die gesellschaftliche Entwicklung und den Handlungsraum zukünftiger politischer Akteure im Sinne von nur schwer verrückbaren *constraints* wesentlich mit definiert. Im besonderen konzentriert Barrington Moore seine Analyse auf das Verhältnis von (1968: 475ff):

- Macht des Staates gegenüber der Landaristokratie und Bourgeoisie;
- Machtposition der reaktionären Großgrundbesitzer und ihr Einfluß auf den Staat;
- relative Stärke der dominierenden ländlichen und städtischen Klassen;
- Herrschaftskoalitionen zwischen Krone und den dominanten Klassen;
- sozialstrukturelle Transformation der Bauernschaft (z.B. in Industrieproletariat), da diese sowohl für den autoritären Obrigkeitsstaat als auch für kommunistische Revolutionen ein ergiebige Rekrutierungsreservoir darstellen.

Die je besondere Konfiguration dieser Machtverhältnisse entscheidet also darüber, über welche politische Herrschaftsform der Weg einer Gesellschaft in die Moderne mündet. Hier unterscheidet sich Barrington Moore erheblich von dem modernisierungstheoretischen Diktum Seymour Martin Lipsets „the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“ (1980: 469). Seine Berücksichtigung der interdependenten Klassen- und Staatsstrukturen lassen ihn abweichend vom modernisierungstheoretischen Demokratie-Optimismus drei fundamental verschiedene Wege in die Moderne nach- und vorzeichnen: den Pfad zur parlamentarischen Demokratie, zur faschistischen oder kommunistischen Diktatur (Moore 1968: 475ff). Auf die Nachzeichnung dieser Wege kann an dieser Stelle verzichtet werden. Ebenso nachrangig, wenngleich empirisch plausibel, ist hier Moores Beurteilung der demokratiebehindernden Rolle einer starken Landaristokratie und einer repressiv organisierten Landwirtschaft; sekundär bleibt seine demokratiefreundliche Einschätzung der Bourgeoisie und die Vernachlässigung der Rolle der Arbeiterklasse¹⁶ und der Mittelschichten¹⁷ bei der Hervorbringung demokratischer Strukturen. Was in unserem Kontext interessiert, ist vielmehr die Frage, ob und inwiefern der Strukturalist Barrington Moore eine heuristische Leerstelle besetzen kann, die von funktionalistischen Konzepten offengelassen wird, und so dazu beitragen kann, ein komplexeres Erklärungsraster für den politischen Systemwandel zu entwickeln.

Ich sehe diesen Beitrag vor allem in der besonderen Funktion, die Moore ebenso wie Rueschemeyer et al. den sozialen Klassen, dem Staat und den Machtbeziehungen zwischen diesen attribuiert. Die von den Funktionalisten vernachlässigte Einbeziehung dieser strukturellen Möglichkeitsbedingungen der Demokratie, wie die Frage nach der Autonomie des Staates und seiner interessenpolitischen Dienstbarmachung durch die jeweils dominanten sozialen Klassen (bündnisse), erlauben eine differenzierende Sicht auf die unterschiedliche historische Gestalt, die der von der Systemtheorie hervorgehobene ‚evolutionäre Imperativ der funktionalen Differenzierung‘ annehmen kann. Damit lassen sich auch gegenmoderne Systemwechsel von der Demokratie zur Diktatur, wie 1933 in Deutschland, 1934 in Österreich oder in den 60er Jahren in Lateinamerika besser erklären¹⁸ (Moore 1968: 497ff; Rueschemeyer et al. 1992: 79ff, 155ff).

Da die Strukturalisten Moore, Rueschemeyer und Stephens anders als die Funktionalisten, Strukturen nicht mehr allein auf die Erfüllung von Funktionen in sich selbst reproduzierenden Systemen beziehen, sondern sie gewissermaßen auf einer Meso-Ebene zwischen System und Handlung ansiedeln, erlaubt ihr Ansatz eine Verbindung zwischen der holistischen Perspektive systemtheoretischer Makroanalysen und dem methodologischen Individualismus mikropolitologischer Akteurstheorien. Am deutlichsten wird dies am Doppelcharakter der „Strukturen“ in ihrem Ansatz. Diese sind nämlich Struktur (constraint) und Akteur zugleich. Das wird besonders sichtbar bei der „Klasse an sich“ (Struktur) und „für sich“ (Akteur), also der Unterscheidung einer bloßen gleichlaufenden sozioökonomischen Interessenlage und ihrer kollektiven Organisierung, die erst gesellschaftlich wirksames Handeln erlaubt. Dasselbe gilt für den Staat. Indem er über Institutionen und Verfahren Entscheidungsarenen für politische Akteure bereitstellt, kann er als Struktur begriffen werden. Aber in diesen Arenen tritt er selbst als ein mit mächtigen Ressourcen ausgestatteter Akteur in Erscheinung. Wie weit der Staat im Machtkampf um die Demokratie neutrale Struktur ist, parteiische Interessen oder das „Interesse an sich selbst“ (Offe) für oder gegen die Demokratie vertritt, hängt vor allem vom Grad der Autonomie ab, die er gegenüber den dominanten und untergeordneten Klassen besitzt. Überzeugend argumentieren Rueschemeyer et al. (1992: 66), daß die im Verlaufe der institutionellen Differenzierung gewachsene Autonomie und Stärke des Staates groß genug sein muß, um seine Unabhängigkeit gegenüber den dominanten Klassen zu gewährleisten, aber gleichzeitig auch schwach genug sein muß, um nicht die prodemokratischen Kräfte der Gesellschaft unterdrücken zu können. Zwei Aspekte sind dabei von wichtiger Bedeutung. Erstens, wie hat der Staat intern das Gewaltmonopol organisiert? Sind Militär und Polizei effektiv der staatlichen Zivilgewalt unterstellt, oder wird Ihnen Raum gegeben, sich als mächtige korporative Akteure auch gegen den Staat, als „Staat im Staate“ zu organisieren? Zweitens, wie weit beläßt der Staat der kollektiven Organisierung der *civil society* in Parteien, Verbände,

Bewegungen, Initiativen etc. eine autonome Sphäre? „In bringing the state and social and political actors back in“¹⁹, lassen sich aus Moores und Rueschemeyers Strukturalismus Verbindungselemente zwischen System- und handlungstheoretischen Konzepten herausfiltern²⁰, die das wechselseitige Erkenntnispotential dieser beiden Theoriestränge keineswegs in Frage stellen.

Freilich trägt Moores neomarxistischer Strukturalismus zu sehr die Züge „naiver Akteurstheorien“ (von Beyme 1991: 346), die zum einen Klassen und Staat als homogene, handlungsfähige korporative Akteure annehmen, und zum anderen die durch den rationalen Kalkül beeinflusste strategische Interaktion der konkurrierenden Akteure aus dem Blickfeld entläßt. Um den groben, auf Staat und soziale Großklassen fixierten, Strukturalismus sinnvoll an die Mikroebene handelnder politischer Akteure anschließen zu können, fehlt noch ein Bindeglied, das von Moore und Rueschemeyer zu wenig berücksichtigt wird: die konkrete Konfiguration der politischen Institutionen. Insbesondere für die Phase der Konsolidierung junger Demokratien ist von Bedeutung, auf welche Weise welches Regierungssystem etabliert wird (vgl. Rüb und Nohlen/Thibaut in diesem Band, vgl. auch: Linz 1990; Linz/Valenzuela 1993; Lijphart 1992; Merkel 1994; Nohlen 1992; Stepan/Skach 1993). Denn dadurch werden u.a. politische Entscheidungsarenen definiert (z.B. Parlament, Regierung, Verwaltung, Rechtssystem), die als normative Standards und institutionelle Regeln die Strategien und Handlungen der Akteure (z.B. Parteien, Verbände) als *constraints* entscheidend mit beeinflussen.

II. Mikrotheoretische Ansätze

Der akteurstheoretische Ansatz von Adam Przeworski

Während in Parsons evolutionärem Optimismus die Eschatologie evolutionärer Universalien dominierte, in der autopoietischen Systemtheorie politisches Handeln zur subjektlosen Kommunikation verdunstet, in Eastons Konzept Akteure hinter input-, System- und Prozeßfunktionen verblassen, im Strukturalismus Moores die herrschaftsformende Wirkung vor allem den sozialen Großklassen vorbehalten bleibt, entlasten sich akteurstheoretische Ansätze ihrerseits von systemischen und strukturalistischen Restriktionsanalysen mit einer impliziten oder expliziten *ceteris paribus*-Klausel. Ihr Erkenntnisfokus ist nicht mehr die Herausbildung „evolutionärer Universalien“ (Parsons) bzw. die verhinderte funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme (Luhmann; Pollack), ja nicht einmal mehr die Rückkopplungsschleifen systemunterstützender oder legitimationserodierender inputs (Easton; Almond/Powell). Auch die Frage nach den sozioökono-

mischen Requisiten (Lipset; früher Huntington) erfolgreicher Demokratisierungsprozesse, liegt jenseits des Erkenntnisinteresses. Systematisch aber auch geradezu exklusiv in den Blick genommen wird dagegen die Frage, wie sich der Regimewechsel vollzieht, in welcher Sequenz von Phasen und Momenten (Schmitter/O'Donnell 1986; Karl/Schmitter 1991; Schmitter 1992), welche Akteure mit welchen Strategien interagiert haben (Przeworski 1986; 1991) und welche Folgen das für die Stabilität und Instabilität der neu entstehenden Demokratien hat. Mit Schmitter, O'Donnell und Przeworski sind auch die einflußreichsten Akteurstheoretiker in der Transitionsforschung genannt. Allerdings unterscheiden sich ihre Ansätze sowohl im Abstraktionsgrad als auch im Stellenwert, den sie dem individuellen Kosten-Nutzen Kalkül als verbindliche Grundlage politischen Handelns beimessen. Während O'Donnell und Schmitter (1986) bzw. Karl und Schmitter (1991: 270) ihre Hypothesen, Generalisierungen und Typologien *induktiv* aus der Analyse der Regimeübergänge insbesondere Südeuropas und Lateinamerikas gewinnen, modelliert Przeworski seine Hypothesen und strategischen Spiele weitgehend *deduktiv* aus dem Paradigma des individuellen Kosten-Nutzen Kalküls rational handelnder Akteure.

Es ist also nicht nur legitim, sondern ein notwendiges Differenzierungsgebot, die Kernargumente beider Ansätze zu trennen (vgl. Ellen Bos in diesem Band). Zwar konzentriert sich auch O'Donnells und Schmitters Ansatz auf die Strategien der unterschiedlichen Akteure und versucht, Verlauf, Form und Ergebnis des Transitionsprozesses primär als Ergebnis der interagierenden Strategien zu erklären. Doch obwohl der Ansatz die Strategie-Analyse in den Vordergrund rückt, „it shied away from adopting a formalistic ahistorical approach inherent in the abstract theory of games. Given that the macrolanguage of classes, their alliances, and „pacts of domination“ was the dominant vocabulary of the time, the result was an intuitive micro approach often couched in macro language“ (Przeworski 1991: 97). Aus diesem Grunde soll an dieser Stelle nur Przeworskis *rational choice*-Ansatz diskutiert werden, weil er die handlungstheoretische Argumentation puristisch durchhält und sich damit auf einem vergleichbaren Abstraktionsniveau wie die systemtheoretischen Ansätze befindet.

Stellt man aus der systemtheoretischen Tradition Eastons die Frage nach der Legitimität eines politischen Systems, um Aufschluß über dessen Stabilität, Instabilität und Überlebensfähigkeit zu gewinnen, greift dies nach Przeworski zu kurz (1986: 50ff; 1991: 54ff). Denn der Mangel an und der Verfall von Legitimität bzw. des Legitimitätsglaubens (Max Weber) hat keineswegs automatisch den Zusammenbruch eines Regimes zur Folge. Gälte eine solche eherne Regel, dann müßte erklärt werden, warum so viele autoritäre Regime so lange Bestand hatten, obwohl es ihnen von Anfang an an Legitimität mangelte. Entscheidend für die Bestandsgefährdung oder Überlebensfähigkeit eines politischen Systems sei vielmehr, ob realistische, kalkulierbare und zu bevorzugende Systemalternativen bestehen, die die Bür-

ger veranlassen könnten, dem Ancien Régime die aktive und passive Loyalität zu entziehen oder gar gegen es zu rebellieren. „What matters for the stability of any regime“, schreibt Przeworski, „is not the legitimacy of this particular system of domination but the presence or absence of preferable alternatives“ (1986: 52). Nicht der Zusammenbruch der Legitimität eines Regimes, sondern die Organisation kollektiver Projekte und das Abzeichnen einer Gegenhegemonie für eine andere Zukunft, bedrohen erst die alte Herrschaftsordnung. „Only when collective alternatives are available does political choice become available for isolated individuals“ (Przeworski 1991: 55). Kommt es zu einer solchen „Krisensituation“, müssen sich auch die Eliten des autoritären Regimes herausgefordert sehen, ihre Strategien und Herrschaftsroutinen des Status quo zu überprüfen und den neuen Handlungserfordernissen anzupassen. An der Frage, ob dem Erwachen der Zivilgesellschaft und der wachsenden Opposition mit Repression oder Zugeständnissen begegnet werden sollte, kommt es häufig zu Dissens und „Rissen im herrschenden Block“ (O'Donnell/Schmitter 1986: 19). Dies ist der mögliche Beginn eines Regimewechsels, in der sich die relevanten Akteure herauskristallisieren. Ihre Wahrnehmungen, Handlungsstrategien und Koalitionsbildungen entscheiden dann über den Verlauf, Erfolg oder Mißerfolg eines Demokratisierungsprozesses.

Przeworski übernimmt die von O'Donnell und Schmitter skizzierte idealtypische Sequenz eines Transitionsverlaufes in: Liberalisierung-Demokratisierung-Demokratische Konsolidierung. Die Vielfalt der in diesen Transitionsetappen real Handelnden reduziert er idealtypisch auf kollektive Akteure, die sich in dichotomen Handlungskonstellationen gegenüberstehen. Ihr Handeln wird dabei von folgenden Motiven und Kalkülen bestimmt:

- individuelles politisches Handeln wird von der Rationalität des Kosten-Nutzen Kalküls gesteuert;
- auch kollektives Handeln ist nur über das utilitaristische Kalkül handlungsbereiter Individuen zu erklären;
- von den Akteuren wird jene Handlungsalternative gewählt, die den größten Nutzen erwarten läßt.

Für die *Regimeopposition* heißt das: Überwiegen im Kalkül der Opposition die erwarteten Gratifikationen (z.B. Ausdehnung individueller Freiheitsrechte und politischer Partizipation; Erhöhung des materiellen Lebensstandards) die wahrgenommenen Risiken (z.B. weitere Einschränkung individueller Freiheit, Haftstrafen, Lebensgefahr), ist Druck auf und Protest gegen das Regime in seinen unterschiedlichen Formen wahrscheinlich. Der Protest in autoritären politischen Systemen ist umso wahrscheinlicher, je realistischer Veränderungen oder gar Systemalternativen zur bestehenden Herrschaftsordnung aufscheinen. Gleichzeitig sinkt mit der zunehmenden Zahl der an systemoppositionellen Aktionen beteiligten Akteure das individuelle Handlungsrisiko (Przeworski 1986: 55). Dies wiederum führt zu einer quan-

titativen und qualitativen Verstärkung der Oppositionstätigkeiten²¹. Für die *Regimeeliten* heißt das: sie wählen nach der Kosten-Nutzen-Rechnung entweder eine Unterdrückungsstrategie oder gehen weiter den ungewissen Weg der Liberalisierung. Die Frage der Strategiewahl in einer solchen Krisensituation führt dann in der Regel zur Spaltung im herrschenden Block zwischen *hardliners* und *softliners*.

Für die drei Phasen des Systemwechsels entwickelt Przeworski unterschiedliche Spiele, in denen entlang des jeweils zentralen Konflikts der jeweiligen Transitionsetappe unterschiedliche Spieler auftreten. Für den Fort- und Ausgang der Transition ist entscheidend, welcher Spieler sich mit welcher Strategie mit welchem „Gegenspieler“ verbündet.

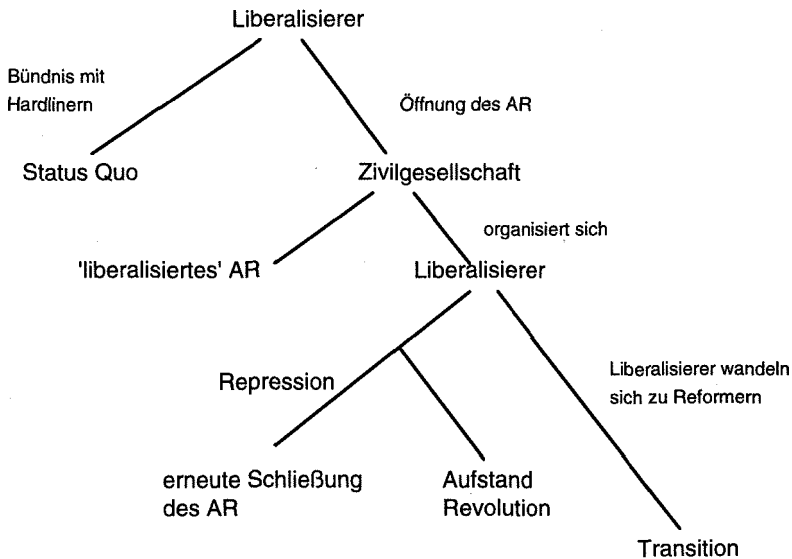
Liberalisierung

Aus den beiden Blöcken Regime und Opposition stehen sich drei Spieler gegenüber: *hardliners*, *softliners* (Regime) und die in der Folge von ersten Liberalisierungsmaßnahmen erwachende *Zivilgesellschaft*²² als Opposition. Ob das Auftreten von „Rissen im herrschenden Block“ und die Formierung von liberalisierungswilligen Kräften unter den Regimeeliten zur Etablierung eines demokratischen Systems führt, hängt von einer Sequenz bestimmter strategischer (Bündnis)Entscheidungen der „Liberalisierer“ ab.

Abb. 1: Entscheidungssequenzen in der Liberalisierungsphase

Liberalisierung: Drei Akteure: Hardliner, Liberalisierer, Zivilgesellschaft

L+B



Quelle: übernommen mit veränderter Begrifflichkeit aus: Przeworski 1991: 62.

1. In einer Krisensituation des autoritären Regimes eröffnet sich für die „Liberalisierer“ unter den autoritären Regimeeliten die Wahlmöglichkeit der Beibehaltung des Status quo oder die Entscheidung für bestimmte Liberalisierungsmaßnahmen und damit zur Tolerierung begrenzter autonomer Selbstorganisation der Zivilgesellschaft.

2. Entschließen sich die „Liberalisierer“ für die Tolerierung teilautonom zivilgesellschaftlicher Organisation, und lassen sich diese Organisationen (Berufsgruppen, Verbände, soziale Bewegungen) in die Verhandlungsarenen und Entscheidungsstrukturen des Regimes inkorporieren, dann ist das Ergebnis eine „offenere Diktatur“ (Przeworski: broadened dictatorship, 1991: 61) und der Weg zur Demokratie ist zunächst blockiert.

3. Läßt sich die Dynamik der regimeunabhängigen Organisation der Zivilgesellschaft von den Liberalisierern nicht begrenzen, stehen die „Liberalisierer“ vor der Entscheidung, die Liberalisierung in Zusammenarbeit mit der Opposition in Richtung Demokratie fortzuführen oder im Bündnis mit den Hardlinern zu erneuten Unterdrückungsmaßnahmen zu greifen. Dabei kann es zu einer erneuten Verhärtung und Schließung des autoritären Regimes kommen oder aber zu einem Aufstand der unterdrückten Opposition und Bevölkerung mit ungewissem Ausgang. Nur wenn die „Liberalisierer“ sich in dieser Situation zu „Demokratisierern“ wandeln, kann der Übergang zur Demokratie gelingen (Przeworski 1991: 61).

Paradoxerweise gelingt der Übergang von der Liberalisierung zur Demokratisierungsphase nur unter der Bedingung unvollständiger Information unter den Akteuren sowie aufgrund einer doppelten Fehlwahrnehmung der *Regime-hardliners* und der zivilgesellschaftlichen Opposition. Nur wenn die *Liberalisierer* den *hardliners* vermitteln können, daß ihre Liberalisierungsmaßnahmen begrenzt und begrenztbar sind, erwägen diese nicht die Repression als eine rationale Handlungsstrategie. Auf der anderen Seite beginnt sich die Zivilgesellschaft nur dann dynamisch selbst und gegen das Regime zu organisieren, wenn sie die Gefahr einer Repression für gering und die Liberalisierer auch als potentielle Demokratisierer einschätzt (Przeworski 1991: 63f).

Demokratisierung

Die Demokratisierungsphase wird von Przeworski in zwei Abschnitte unterteilt: erstens die Ablösung vom alten Regime, zweitens die Konstituierung der Demokratie. Die Ausgangssituation beider Abschnitte werden wieder als strategische Spiele beschrieben, die von vier relevanten Akteuren gespielt werden: nach wie vor von den *hardliners* und den Reformern unter den Regimeeliten; ihnen stehen mit der Ausdifferenzierung der Zivilgesellschaft nun ebenfalls zwei Akteure, nämlich die radikale und gemäßigte Opposition gegenüber, wobei sich Radikale und Gemäßigte weniger in der Radikalität ihrer Ziele als im Grad ihrer Risikovermeidung in der Demokratisierungsperiode unterscheiden (Przeworski 1990: 196). Przeworskis zentrale These lautet, daß die Ablösung vom alten Regime nur aus der Verständigung zwischen den Reformern unter den alten Regimeeliten und den Gemäßigten innerhalb der Opposition gelingen kann. Um diesen „Pakt“ zu ermöglichen, sind mindestens drei Voraussetzungen notwendig (ibid): 1. die neuen demokratischen Institutionen müssen bestimmten Gruppen des alten Regimes eine signifikante Repräsentation ihrer Interessen erlauben; 2. die Reformen müssen die *hardliners* entweder zur Zustimmung der Demokratisierung veranlassen oder aber sie neutralisieren können; 3. die Gemäßigten müssen in der Lage sein, die Radikalen in der Opposition zu kontrollieren. In dem sich aus dieser Akteurskonstellation ergebenden Pakt fungieren die Reformen des alten Regimes und die gemäßigte Opposition als die eigentlichen Akteure, während *hardliner* und die radikale Opposition nur als „Quasi-Akteure“ (Bos in diesem Band), gewissermaßen als optionsmindernde constraints für die richtigen Akteure wirken. Diese Allianz, die durch Aushandeln die am wenigsten riskante Ablösung des alten Regime garantiert, hat allerdings Folgen für die zweite Etappe, die Konstituierung der Demokratie.

Die wichtigste Konsequenz ist der notwendig konservative Charakter der neuen demokratischen Institutionen. Er geht aus dem Zwang wechselseitiger Garantien der beiden Hauptakteure hervor, die in „institutionellen“ und „substantiellen Pakten“ formalisiert werden. Erstere garantieren durch den Charakter der neuen demokratischen Verfahren und Institutionen eine möglichst inklusive Repräsentation aller potentiellen Veto-Mächte, letztere die Ausklammerung strittiger, materieller politischer Fragen aus dem kompetitiven und kontingenten Prozeß demokratischer Entscheidungsfindung. Damit lassen sich in der Wahrnehmung der beiden relevanten Akteursgruppen die jungen demokratischen Institutionen am ehesten vor Belastungen schützen. Aus den Interessen der beteiligten Akteure und der Art der Kompromißbildung wird der konservative Charakter der neuen Institutionen erklärbar. Gleichzeitig entsteht ein demokratiethoretisches Dilemma zwischen dem transitionsnotwendigen Konsens und dem demokratienotwendigen Wettbewerb. „Im nachhinein“, faßt Przeworski das auch für die demokratische Opposition strategische Dilemma zusammen, „bereuen die demokratischen Kräfte ihre Vorsicht, aber im vorhinein bleibt ihnen gar keine andere Wahl als vorsichtig zu sein“ (ibid: 198). Die klassische, für die beiden Akteure jeweils zweitbeste Lösung dieses Transitionsdilemmas besteht also in zeitlich begrenzten Pakten, wie von Przeworski, aber auch von O'Donnell und Schmitter (1986) immer wieder hervorgehoben wird.

Für das Gelingen der Demokratisierung und insbesondere für eine erfolgreiche demokratische Konsolidierung sind zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: erstens der Zeitpunkt der gegen das alte Regime gerichteten Pakte, und zweitens die Lösung des Verfassungsparadoxes, daß die politischen Akteure im Transitionsprozeß „Regeln entwerfen, in denen sie direkt anschließend selbst spielen, aber zugleich Regeln konstituieren, die als generelle Verfahren für zukünftige politische Kräfte und Generationen Geltung haben sollen“ (Rüb in diesem Band). Lösen die prodemokratischen Kräfte zu früh ihren Anti-Regime Block auf, gefährden sie möglicherweise die Anfänge der Demokratisierung, lösen sie ihn zu spät auf, behindern sie die Ausbildung einer wahrhaften Wettbewerbsdemokratie (ibid: 199). Überwiegen bei der Konstituierung der demokratischen Institutionen und Verfahren die parteilichen die gemeinwohlorientierten Interessen, die Exklusion die Inklusion politischer und sozioökonomischer Interessen, stabilisiert sich das demokratische System nur solange, wie sich die Machtverhältnisse unter den Akteuren nicht ändern.

Demokratische Konsolidierung

Es ist ebenso symptomatisch wie auffallend, daß Przeworski für die Phase der demokratischen Konsolidierung keine Sequenz von Wahlentscheidungen bis zu deren Gelingen durchmodelliert. Symptomatisch deshalb, weil mit der Ausdifferenzierung der Zivilgesellschaft eine Proliferation der für das Gelingen der Konsolidierung relevanten Spieler²³ und damit möglicher Akteurskoalitionen einhergeht, die schwerlich kontextunabhängig in einer unendlichen Zahl iterativer *nested and connected games* zu formalisieren sind. Dennoch beschäftigt sich Przeworski mit dem vermutlich entscheidenden Problem demokratischer Konsolidierung, nämlich mit dem Zusammenhang von politischer und ökonomischer Transformation bzw. Reform. Diese Problematik charakterisiert insbesondere die Transformationsprozesse der postkommunistischen Systeme Osteuropas sowie die jungen Demokratien Lateinamerikas²⁴. Um die Problematik der „Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991), das heißt die wechselseitigen Interdependenzen und potentiellen Obstruktionseffekte der politischen und ökonomischen Reformen herauszuarbeiten, reduziert Przeworski die Zahl der relevanten Spieler auf zwei, nämlich die Gruppe der Politiker und die Gruppe ihrer Wähler. Zur Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme stehen drei grundsätzliche Handlungsoptionen zur Verfügung: die radikale, die gradualistische und die status quo orientierte Strategie.

In der Transformationsphase von der einstigen Kommando- zu einer prosperierenden Marktwirtschaft in Osteuropa bzw. zur Gesundung der Volkswirtschaften Lateinamerikas

wird unvermeidlich, für einen a priori kaum definierbaren Zeitraum, ein „ökonomisches Tal“ durchschritten werden müssen (Przeworski 1991: 137). Wirtschaftliche und soziale Transitionskosten, wie der Zusammenbruch obsoleter Produktionsstrukturen, steigende Arbeitslosenraten, Rückgang des Lebensstandards, existentielle Verunsicherung, Abstiegsängste und drohende Verarmung werden unvermeidlich anfallen. Eine hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückbleibende ökonomische Entwicklung fördert die Enttäuschung, die sich nicht nur gegen das marktwirtschaftliche, sondern auch gegen das noch wenig belastbare, junge demokratische System richten kann. Bei einer ungenügenden materiellen *output*-Leistung vermögen sich in jungen Demokratien weder die *selektive* noch die *diffuse* Legitimitätsdimension zu entfalten. In einer solchen Situation droht die Aufzehrung des Anfangskredits, der den Reformern und den neuen demokratischen Institutionen und Verfahrensweisen eingeräumt wurde.

Neben dem Festhalten am Status quo gibt es zwei Lösungswege für die Politiker. Erstens der „big bang“, die radikale und rasche Transformation der Wirtschaft, wie sie von den neoklassisch orientierten Ökonomen der OECD vorgeschlagen wird²⁵. Das zu durchschreitende „Tal der Tränen“ (Dahrendorf) wäre in diesem Falle tiefer aber kürzer. Offen und riskant bleibt, ob die kurzfristig anfallenden sozialen Kosten so hoch sind und so starken Protest erzeugen, daß die politischen Vertreter dieses Weges die Wahlen verlieren würden, oder gar die Demokratie ernsthaft gefährdet ist. *Dafür* spricht der Umfang der sozialen Verwerfungen, *dagegen* die Kürze der Transitionsphase. Genau umgekehrt verhält es sich mit der zweiten, der gradualistischen Transformationsstrategie: das „Tal“ wird weniger tief, dafür aber breiter sein. Hier stellt sich jedoch aus der Perspektive der handelnden Politiker die Frage: läßt sich die Geduld gegenüber der „schöpferischen Zerstörung“ (Schumpeter), solange erhalten, daß es nicht zu massiven Wählerabwanderungen kommt oder gar die demokratische Ordnung gefährdet wird?

Bei beiden Handlungsoptionen bestimmt die Interaktion, welche Strategie mit welchen Folgen für die demokratische Konsolidierung eingeschlagen wird. Wenn die Wähler Vertrauen in die Regierung haben, daß die unmittelbar anfallenden „Transitionskosten“ sich für sie in der Zukunft auszahlen, kann diese die „harte“ Option der radikalen und raschen ökonomischen Transformation wählen. Die Präferenzhierarchie der Politiker würde lauten: $R > G > S$ ²⁶. Haben die Wähler weniger Vertrauen, oder ihr Vertrauen gegenüber den verantwortlichen Politikern und der eingeschlagenen Strategie schwindet, wäre die rationale Antwort von Politikern als *vote maximizers*, die radikale Strategie abzuschwächen, die sozialen Kosten zu mindern, sozialpolitisch abzupuffern und zu einer gradualistischen Reformpolitik überzugehen. Die Präferenzfolge würde nun lauten: $G > R > S$. Bei weiter ansteigenden sozialen Opfern und abnehmendem Vertrauen der Wähler kann die Strategiepräferenz sich noch weiter verschieben, von $G > S > R$ bis hin zu $S > G > R$ (Przeworski 1991: 164).

Przeworski arbeitet mit der Konditionalität von „wenn, dann-Sätzen“ die politischen Restriktionen ökonomischer Reformen unter demokratischen Bedingungen heraus. „Politicians find it difficult to campaign by promising that incomes will decline if they are elected“ (ibid: 168). Der zentrale politische Restriktionszyklus lautet: Aufgrund wahlstrategischer Imperative werden Politiker verleitet, Ausmaß und Dauer der sozialen Kosten zu verhehlen. Wenn die Kosten dann im erhöhten Maße anfallen, werden Politiker als inkompetent oder unseriös wahrgenommen. Die Reaktion ist Vertrauensschwund und Wählerabwanderung. Rationale Politiker verlassen dann die radikale Reformstrategie oder werden von den Gradualisten an der Regierung abgelöst. Unter dem Dilemma von ökonomischer Vernunft und der Handlungsrestriktion politischer Rationalität ist die optimale und wahrscheinlichste Strategie von demokratischen Transitionspolitikern inkonsistent. Sie wird zwischen radikaler Transformation und graduellem Reformismus oszillieren.

III. System, Struktur, Akteur: Gibt es einen Königsweg?

Der kurze Durchgang durch die system-, struktur- und akteurstheoretischen Ansätze in der Transformationsforschung hat gezeigt, daß ein einziger theoretischer Zugang allein, mag er noch so durch seine epistemologische Eleganz und Sparsamkeit beeindruckend, den Wechsel und Wandel politischer Systeme nicht erklären kann. Aus meiner Sicht stehen aber die drei Ansätze keineswegs in einer direkten Konkurrenz, da sie sich weitgehend auf unterschiedliche Erkenntnisobjekte beziehen. Während systemisch und strukturalistisch orientierte Analysen aus ihrer Makroperspektive dazu tendierten „zu viel“ erklären zu wollen, erklären handlungs- und prozeßorientierte Ansätze infolge ihrer Mikroorientierung „zu wenig“ (Kitschelt 1992: 1028). Ich werde deshalb zum Schluß unter Hervorhebung der jeweiligen Schwächen, Stärken und Erkenntnisgegenstände der drei Theorieangebote zeigen, daß ihre heuristischen Potentiale häufig komplementär sind und sich die Ansätze keineswegs gegen einen wechselseitigen Anschluß sperren.

Systemtheorie

Systemtheoretische Ansätze beleuchten den Zusammenhang zwischen funktionalen Erfordernissen und den zu ihrer Erfüllung notwendigen Herausbildung funktionsadäquater Strukturen. Sie entwickeln dort ihre besondere heuristische Kraft, wo es darum geht, die für den Systemwandel oder Systemzusammenbruch ursächlichen systemischen Dysfunktionen herauszuarbeiten. Der Abstraktionsgrad und die Offenheit des evolutionären Kernprinzips der funktionalen Differenzierung läßt sich für die Transformationsforschung des Wechsels von autoritären zu demokratischen politischen Systemen in zwei Richtungen fruchtbar machen:

- erfolgreiche funktionale Differenzierung bzw. Modernisierung der Gesellschaft, die zu politischem Systemwandel führt;
- politisch verhinderte funktionale Differenzierung bzw. Modernisierung der Gesellschaft, die zum politischen Systemwechsel führt.

Im *ersten*, dem klassischen Fall der Modernisierungstheorie kommt es korrespondierend zum sozioökonomischen Entwicklungsniveau zur Herausbildung funktionsadäquater politischer Strukturen. In der Folge ihrer ersten klassischen Formulierung bei Lipset (1959/1980) erwies sich die positive Korrelation von erfolgreicher sozioökonomischer Entwicklung und Demokratie in vielen nachfolgenden Studien zwar als statistisch sehr robust²⁷ (zuletzt Weltzel in diesem Band), die Dunkelheit der black box zwischen sozioökonomischen Requisiten und demokratischer politischer Systemform erfuhr jedoch nur eine unzureichende Aufhellung. Es ließen sich allenfalls Konturen erkennen, die den Systemwechsel über folgende Entwicklungssequenz mehr beschreiben als erklären: Industrialisierung – Hebung von

Wohlstand, Bildung und Urbanisierung – Entstehung einer Mittelklasse – politische Mäßigung der Unter- und Oberklassen = Demokratie.

Im *zweiten* Fall, der politisch verhinderten funktionalen Differenzierung insbesondere der exkommunistischen Systeme Osteuropas, kam es zunächst zwar zur erfolgreichen Industrialisierung – Hebung von Wohlstand, Bildung, Urbanisierung, aber nicht zur Herausbildung einer breiten Mittelschicht. Darüberhinaus kam es durch die politisch-repressiv erzwungene partielle Revision bzw. Einfrierung weiterer funktionaler Differenzierung zur sozialen und wirtschaftlichen Stagnation der realsozialistischen Gesellschaften. Insbesondere diese Form der vormodernen Herrschaftssicherung führte dann auch zur Implosion der kommunistischen Systeme in Osteuropa.

Der hohe Abstraktionsgrad systemtheoretischer Ansätze hat freilich seinen Preis. Machtverhältnisse, Klassenstrukturen, Akteure, Akteursziele, Institutionen, Zeitabläufe, Zeitpunkte und Sequenzen einzelner Transformationsschritte bleiben ausgeblendet. Sie sind eher in der Lage *ex post* zu erklären, *warum* ein Regime zusammenbrechen *mußte*, aber nicht in der Lage vorauszusagen, *wann* und *wie* es fallen würde. Sie sind, pointiert Przeworski diese Leerstelle, „satisfying *ex post*“ und „useless *ex ante*“ (1991: 97). Die Vernachlässigung der Rolle von sozialen und staatlichen Machtstrukturen, Akteuren und der *ex-* wie implizite eschatologische Evolutionismus verhindern deshalb theoretisch zwingend die Erklärung, warum demokratische Systeme ökonomisch entwickelter Gesellschaften zusammenbrechen und zu autoritären (Uruguay 1973, Chile 1973, Griechenland 1967) oder gar „totalitären“ Systemen (Deutschland 1933, Tschechoslowakei 1948) *regredieren*²⁸. Systemtheoretisch angeleitete Analysen sind eher geeignet, die *Zusammenbrüche* „totalitärer“ Regime (DDR, CSSR, Bulgarien) als den Verlauf *ausgehandelter Transitionen* (Spanien 1975ff, Chile 1990ff, Brasilien 1986ff, Polen 1988ff, Ungarn 1988ff) zu erklären, sie erlauben eher Aussagen über die Transitionen als Folge *gelungener* Modernisierung (Südostasien) denn über Demokratisierungsprozesse unter den Bedingungen ökonomischen Verfalls (Afrika). Sie sind aufschlußreicher für das Ende eines autoritären Regimes als für die Konsolidierung eines demokratischen Systems. Aber selbst bei jenen Transformationsphasen und Transformationsmodi, die sich für systemtheoretisch inspirierte Analysen besonders anbieten, bleiben für eine erschöpfendere Erklärung Leerstellen, die von der System- und Modernisierungstheorie nicht allein besetzt werden können. Dies gilt insbesondere für die autopoietische Systemtheorie, die Handeln durch Kommunikation ersetzt und damit von beobachtbaren Akteuren abstrahiert (Braun 1993). Läßt man sich aber vom autopoietischen Jargon und Luhmanns Verdikt („alteuropäisch“) nicht beeindrucken, lassen sich „seine Kommunikationen“ von Handlungen kaum unterscheiden (Beyme 1991: 343). Auch dies zeigt, daß sich systemtheoretische Einsichten den Erkenntnissen strukturalistischer Macht- und individualistischer Akteurstheorien nicht zwingend verschließen müssen. Im Gegenteil: Einsichten in das von

Interdependenz und Interdependenz bestimmte sensible Verhältnis der gesellschaftlichen Teilsysteme und ihrer spezifischen Funktionslogiken, Erkenntnisse über Machtstrukturen und Eigensinnigkeiten von Institutionen können zu einer Restriktionsanalyse verschmolzen werden, um den Handlungskorridor der kollektiven wie individuellen Akteure präziser zu bestimmen, als dies unter der exklusiven Perspektive funktionalistischer oder strukturalistischer Konzepte möglich wäre.

Systemansätze lassen sich also dann erkenntnisfördernd in Transformationsanalysen einbringen, „wenn man sie nicht erklärungs-theoretisch überfrachtet, sondern bewußt und gezielt auf struktur- und ordnungstheoretische Elemente beschränkt“ (Sandschneider in diesem Band). In der black box zwischen sozioökonomischen Requisiten, der Einsicht in teil- und intersystemischen Funktionsweisen und der demokratischen Staatsform bleiben aber noch mindestens drei Schattenzonen auszuleuchten:

- die Machtbeziehungen zwischen den sozialen Klassen, dem Staat und seinen Institutionen;
- Rahmenbedingungen des internationalen Kontextes wie: Bündnisse, Konjunkturen, Krisen, Kriege.
- die Frage der Akteure, die im Handlungskorridor der gegebenen funktionalen und strukturellen „constraints“ agieren.

Makrosziologische Strukturanalysen

Die Machtbeziehungen unter den sozialen Klassen, den Eliten sowie zwischen diesen und dem Staat wurden eindrücklich von Barrington Moore (1968) und Rueschemeyer et al. (1992) in den Untersuchungskontext politischer Systemwechsel einbezogen. Ich sehe insbesondere drei Verdienste dieser Forschungstradition, die gegenüber den Schwächen der systemtheoretisch orientierten Transformationsforschung sensibilisiert und dennoch deren Anschlußfähigkeit an akteurstheoretische Überlegungen verbessert. Erstens, wie Moore exemplarisch in seiner historisch-komparativen Studie aufzeigt, ist es erst die diachrone Analyse, die die jeweils besondere geschichtliche Entwicklung von Klassen- und Staatsstrukturen erklärt. Dadurch relativiert er den Universalismus allgemeiner Evolutionsschemata und macht auf die Pfadabhängigkeit konkreter Systemtransformationen aufmerksam. Damit kann zweitens im Unterschied zu den unilinearen Modernisierungstheorien auch ein regressiver Systemwechsel von der Demokratie zur Diktatur in entwickelten Gesellschaften erklärt werden. Drittens, und hier sehe ich die besondere theoretische Brückenfunktion zwischen System- und Akteurstheorie, illustriert Moore eindrucksvoll die Restriktionen und Chancen, die bestimmte Sozial- und Staatsstrukturen den Handlungsmöglichkeiten politischer Akteure bieten. Diese Strukturen determinieren nicht die zukünftige Entwicklung, sondern bilden einen „ersten Filter“, der das Aktionsfeld strukturiert und die Handlungskorridore definiert, die den politischen Akteuren zur Verfügung stehen. Innerhalb dieses Korridors eröffnet

sich den Akteuren eine begrenzte Anzahl von Handlungsoptionen (Elster: „feasible set“ 1979: 113), aus denen sie in einem zweiten Filterprozeß im Verlauf einer strategischen Interaktion mit konkurrierenden Akteuren ihre Strategiewahl treffen. Denn wie nicht zuletzt die vergleichenden area-Analysen in diesem Band zeigen, handeln die politischen Akteure selbst in Transitionsperioden, in denen die sozialen und vor allem die institutionellen *constraints* äußerst dehnbar sind, auf dem Hintergrund dieser Opportunitätsstrukturen. Sie können insoweit über die Demokratisierungschancen politischer Systeme mitentscheiden, wie sie die strategischen Optionen der beteiligten Akteure in unterschiedlicher Weise erweitern oder verengen (Karl 1990). Die strukturellen *constraints* bieten also eine Art Bindeglied, das den evolutionären Determinismus der Systemtheorie wie die restriktionslose Kontingenz strategischer Spiele rationaler Akteure²⁹ aufweicht und damit wechselseitig anschlussfähig macht.

Der internationale Kontext

Die Kontingenz politischen Handelns wird ebenfalls von den internationalen Rahmenbedingungen eingeschränkt. Und auch hier gilt: die externen Umweltbedingungen können je nach Charakter und Kombination für bestimmte politische Systeme wie für bestimmte Akteure entweder restriktive oder optionssteigernde Qualität besitzen. An dieser Stelle können die internationalen Einflußfaktoren auf das Ende alter und die Konsolidierung neuer Systeme nur additiv aufgezählt werden. Philippe Schmitter (1985: 64) teilt sie in vier Gruppen ein: in *timing*, *events*, *trends* und *cycles*. Die Kategorie *timing* ist deshalb von Bedeutung, weil je nach den dominanten internationalen Normen, außenpolitischen Bündniskonstellationen und gleichzeitigen regionalen Erfahrungen demokratische oder autoritäre Systeme und Akteure Unterstützung finden können. Bei den *events* sind es in erster Linie Kriege (z.B. Deutschland, Italien, Japan, Österreich 1945), militärische Interventionen (z.B. Zypern 1974, Argentinien 1982) und in zweiter Linie massive Kapitalflucht (z.B. Chile 1973), die zum Regimezusammenbruch führen können. Unter *trends* versteht Schmitter vor allem die Art und Weise der Integration in den Weltmarkt, während er unter *cycles* die internationale Wirtschaftskonjunktur und Auslandsverschuldung als beeinflussende Faktoren für die Destabilisierung oder Konsolidierung von politischen Regimes nennt. Der genaue Einfluß dieser internationalen Ereignisse und Konjunkturen wird schwerlich im allgemeinen zu bestimmen sein. Er kann nur konkret in der je besonderen Kombination mit anderen *constraints* ermesst werden. Nicht zuletzt wird die Wirkung internationaler Faktoren aber auch von der *virtù* und *fortuna* (ibid.) bestimmt, mit der die Akteure die *occasione* (Machiavelli 1972) erkennen und nutzen.

Akteurstheorien

Funktionale Systemerfordernisse, Legitimationsfragen, strukturelle *constraints* und die internationalen Rahmenbedingungen allein können weder die Richtung, noch den Verlauf oder das Ergebnis von Systemwechselprozessen erklären. Aber sie bestimmen die Handlungsbedingungen und prägen zu einem gewissen Grad auch die Handlungspräferenzen der Akteure. Die radikale Lösung der Akteurstheorie vom deterministischen Kausaldenken der Modernisierungstheoretiker und dessen Ersetzen durch das „Denken in Möglichkeiten“ (Ellen Bos in diesem Band) eröffnet in der Transformationsforschung die Chance, jene „region of indeterminacy“ (Marks/Diamond 1992: 6) zu erhellen, die zwischen den funktionalen, strukturellen und internationalen *constraints* und dem Ergebnis des Systemwechsels leer bleibt.

Neben der Besetzung dieser Leerstelle makrosoziologisch orientierter Analysen liegt der zusätzliche Erkenntnisgewinn der Handlungstheorien in der spieltheoretisch angeleiteten Herausarbeitung der Bedeutung von Akteuren, deren Ziele, Wahrnehmungen, Strategien und Koalitionsbildungen. In der Modellierung von Spielen zwischen Regime und Opposition, sowie Metaspielen unter den Regimeeliten und innerhalb der Opposition vermögen sie deren wechselseitige Interaktion nachzuzeichnen. Damit erlauben sie dem Betrachter einen Einblick in den Formierungsprozeß strategischer Präferenzen und politischer Handlungen. Indem Akteurstheorien auf die Wirkung politischen Handelns aufmerksam machen und unseren Blick dafür schärfen, daß die strategische Wahl von Schlüsselakteuren immer auch abhängig ist von der Wahrnehmung der strategischen Absichten der anderen Akteure, entzaubern sie den groben Determinismus system- und modernisierungstheoretischer Annahmen. Gleichzeitig zeigen sie auf, daß die Unbestimmtheit der Ergebnisse politischer Transitionen keineswegs nur ein Nebenprodukt unzureichender Informationen der beteiligten Akteure ist. Sie ist vielmehr ein definierendes Merkmal von Transitionsprozessen selbst, wo die temporäre Verflüssigung von Institutionen und Normen die strategischen Wahlmöglichkeiten der Akteure extrem erweitert³⁰.

Gibt es also einen Königsweg in der Transformationsforschung? Mit Sicherheit nicht den, der sich exklusiv an den Axiomen, Theoremen und Deduktionen einer soziologischen Großtheorie alleine orientiert. Theoriepurismus und epistemologische Eleganz würden mit zuvielen heuristischen Leerstellen bezahlt, zuviele Schattenzonen zwischen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen und dem neu entstandenen System, also dem Prozeß des Systemwechsels selbst, entzögen sich dem erhellenden analytischen Zugriff. Scheut man den (häufig ebenso sterilen wie dogmatischen) Vorwurf des Theorieeklektizismus nicht, lassen sich bei einer kritischen Durchsicht der funktionalistischen, strukturalistischen und akteurstheoretischen Konzepte erkenntnisfördernde Anschlußmöglichkeiten finden. Ein Ansatz zur Systemwechselforschung, der funktionale Teilsystemlogiken, systemische Legiti-

mationserfordernisse, Sozial- und Machtstrukturen, Institutionen sowie den internationalen Kontext als jeweils zu konkretisierende *constraints* für das strategische Handeln politischer Akteure begreift, vermag die Logik und den Ablauf von Systemwechseln angemessener zu entschlüsseln als Ansätze, die auf eine einzige Theorie verpflichtet werden. Darüberhinaus bietet er ein theoretisches Gerüst, das offen für kontextgebundene Analysen bleibt, aber gleichzeitig vor der reinen Deskription oder induktiven Beliebigkeit schützt, sich für die konkreten Fall- und Vergleichsanalysen den Ansatz im „do-it-yourself-Verfahren“ (von Beyme 1991: 354) zu stricken.

Anmerkungen

- 1 Zur Entwicklung der einzelnen Etappen der Totalitarismustheorie vgl. u.a: Seidel/Jenker 1968; Schlangen 1976; Ballestrem 1991. Für eine sozialwissenschaftlich kritische Würdigung und die mögliche Operationalisierung des Totalitarismuskonzepts für die vergleichende Forschung siehe Sartori 1993.
- 2 Analog zum Zusammenbruch der „totalitären“ Systeme des deutschen Nationalsozialismus und des italienischen Faschismus durch den Zweiten Weltkrieg; „totalitär“ ist deshalb hier und im folgenden in Anführungsstriche gesetzt, da trotz dieser in den Geschichts- und Sozialwissenschaften gebräuchlichen Apostrophierung das faschistische Regime Italiens überhaupt nicht, das nationalsozialistische 3. Reich allenfalls nach 1938/41 als totalitär bezeichnet werden kann. Legt man Friedrich/Brzezinskis (1965) Kriterienraster totalitärer Systeme zugrunde, wird ein definierendes Element, die „zentral gelenkte Wirtschaft“ in Mussolinis Italien und Hitlers Deutschland bis 1941 nicht erfüllt. Dies hindert paradoxerweise die beiden Autoren nicht, ihre eigenen Kriterien mißachtend, diese Regime unter den Typus „totalitärer Systeme“ zu subsumieren. Darüberhinaus hat die differenzlose Kennzeichnung der kommunistischen Systeme Osteuropas als totalitär (Rumänien, Bulgarien ebenso wie Polen und Ungarn in den 80er Jahren) dem Begriff vollends die analytischen Konturen genommen.
- 3 Funktionale Differenzierung heißt, daß sich ein System, eine Organisation oder eine Rolle in zwei oder mehrere Systeme, Organisationen, Rollen ausdifferenzieren, die dann in neuen historischen Umständen effektiver funktionieren können als vorher (Braun 1993). Wichtige Vorläufer des (aus den Naturwissenschaften adaptierten) Theorems der funktionalen Differenzierung der Teilsphären der Gesellschaft sind Herbert Spencer, Émile Durkheim und Georg Simmel. Insbesondere bei Durkheim ist in nuce schon angelegt, was in Parsons AGIL-Schema in eine Vierfelder-Matrix gesellschaftlicher Funktionssysteme gegossen wird. Selbst Luhmann (1984) und Willke (1992) radikale „Entzauberung“ der Steuerungsinstanz Staat, war in Durkheims moderner „Konzeption einer Gesellschaft ohne hierarchische Spitze“ (Beyme 1991: 79, 77ff) schon angelegt.
- 4 Unter evolutionären Universalien sind gesellschaftliche Normen und Strukturen zu verstehen, die die Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft so erheblich steigern, daß eine Gesellschaft, die diese Universalien ausgebildet hat, sich nicht weiter entwickeln kann, ohne sich ihrer zu bedienen.
- 5 Ähnlich auch Willke 1992: 42ff.
- 6 Politisches System und Staat sind in der (autopoietischen) Systemtheorie keineswegs identisch. Der Staat ist für Luhmann und Willke die „Selbstbeschreibung des politischen Systems“ bzw. die „Leitidee der Politik von sich selbst“ (Willke 1992: 9), die der internen Organisation und Steuerung politischer Operationen dient.

- 7 Ein solches Kontinuum ist auch Sartoris Vorschlag, um die unscharfen Begriffe Demokratie, Autoritarismus und Totalitarismus für den internationalen Vergleich operationalisierbar zu machen (Sartori 1993). Aus diesem Grund können real-existierende Diktaturen, wie stark auch immer ihre Herrschaftskontrolle über die Gesellschaft ist, nur als asymptotische Annäherung an den Idealtypus eines totalitären Systems begriffen werden.
- 8 Damit schließt allerdings die der Autopoiesis verpflichtete Systemtheorie das Gelingen autoritär induzierter Modernisierungsprozesse („Modernisierungsdiktaturen“) in entwickelteren Gesellschaften zumindest langfristig aus.
- 9 Ironischerweise handelt es sich bei der (real)kommunistischen Staatsform keinesfalls um den „Marx'schen Staat“, dessen Absterben Marx im Kommunismus vorausgesagt hatte, sondern viel eher um die monströse Umsetzung von Hegels Vorstellung, den Staat als Sphäre des universellen Altruismus, als „Wirklichkeit der sittlichen Idee“ zu denken, um die sozioökonomischen Partialinteressen der bürgerlichen Gesellschaft als Sphäre des „universellen Egoismus“ zu verhindern (Marx 1957: 477ff; Hegel 1972: 214ff; Willke 1992: 28f).
- 10 Nach der autopoietischen Wende führt die Legitimationsfrage in Luhmanns Theorie sozialer Systeme bestenfalls ein Schattendasein. In seinen „frühen“ Schriften dagegen war sie zentral. So definierte Luhmann in ‚Legitimation durch Verfahren‘ „rechtlich geordnete Verfahren“ als den Kern legitimer Herrschaft. Allein sie erzeugten in funktional differenzierten Gesellschaften „eine generalisierte Bereitschaft, inhaltlich noch unbestimmte Entscheidungen innerhalb gewisser Toleranzgrenzen hinzunehmen“ (Luhmann 1969: 38f). Für Willke bemißt sich die Legitimität eines politischen Systems „an der Qualität der Verfahren, in denen politische Werte und Interessen artikuliert, aggregiert und vermittelt werden“ (Willke 1992: 50).
- 11 Hier ist es notwendig, insbesondere zwischen kommunistischen und kapitalistischen Diktaturen zu unterscheiden. Während in den realsozialistischen Systemen Osteuropas der politische Überbau die ökonomische Basis determinierte, ist in traditionellen oder kapitalistischen Autokratien eher von einer weichen Umkehrung dieser Dominanzverhältnisse auszugehen. In südamerikanischen Ländern (Chile, Brasilien) etwa, kam es im Zuge der neoliberalen Weltmarktöffnung der 70er und 80er Jahre gar zu einem dezidierten weiteren Rückzug des Staates aus der Wirtschaft (vgl. Nohlen/Thibaut in diesem Band). In kapitalistischen Autokratien wird das Teilsystem Wirtschaft also von den systemfremden Codierungen und Programmen des politischen Systems entlastet und die funktionale Differenzierung weniger behindert als in kommunistischen Diktaturen.
- 12 Mit Recht weist Przeworski daraufhin, daß nicht wenige autoritäre Regime von Anfang an keine bzw. kaum Legitimität besaßen, „and they have been around for forty years“ (Przeworski 1991: 54).
- 13 Sieht man einmal von der aristotelisch inspirierten Überfrachtung der Mittelklassen ab, die als mäßigend, kompromißbereit, partizipatorisch und damit a priori als prodemokratisch eingeschätzt werden. Daß Mittelschichten keineswegs immer demokratische Neigungen unterstellt werden können, zeigen die Beiträge zu Lateinamerika, Afrika und Asien in diesem Band.
- 14 Es kommt nicht von ungefähr, daß Rueschemeyer auch als Neofunktionalist „geführt wird“ (vgl. Alexander 1985: 16; Braun 1993). Unter dieser, freilich völlig unscharfen, Tendenzbezeichnung werden Theoretiker zusammengefaßt, die sich auf das Erbe Parsons beziehen, und etwa wie Rueschemeyer, Eisenstadt und Smelser die Dynamik und Form gesellschaftlicher Differenzierungsprozesse über die Schlüsselvariablen Macht und Konflikt zu erklären versuchen.

- 15 Barrington Moores Ansatz besitzt ebenso wie seine Weiterentwicklung bei Rueschemeyer et al. nicht dieselbe Abstraktionshöhe wie die makrotheoretische System- oder mikrotheoretische Handlungstheorie. Aber gerade weil er deren Abstraktionshöhe verläßt und Strukturen wie Machtverhältnisse auf einer Mesoebene zwischen der Makro- oder Mikroorientierung zu verdeutlichen mag, eignet er sich zum Brückenschlag zwischen den beiden *grand theories*.
- 16 Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens, selbst Strukturalisten in der Tradition von Barrington Moore, heben gerade die entscheidende Rolle der Arbeiterschaft bei der Entstehung der Demokratie hervor. Moore habe dies wohl deshalb übersehen, weil sein Demokratiebegriff vor allem das Element der „contestation“ betont, während sie selbst „participation“ als das definierende Kernelement der Demokratie sehen (Rueschemeyer/Huber-Stephens/Stephens 1992: 77).
- 17 Kitschelt macht darauf aufmerksam, daß ein guter Teil der Mittelschichten, wie sie bei Rueschemeyer et al. verstanden werden, sich mit Moores Definition der Bourgeoisie deckt (Kitschelt 1992: 1922).
- 18 Es kommt deshalb nicht von ungefähr, daß der quantitative *cross national approach* der Modernisierungstheorie und der qualitativ historisch-komparative Ansatz zu unterschiedlichen Erkenntnissen über die Demokratisierungschancen in Entwicklungsländern kommen. Während die Modernisierungstheorie einen kaum gebrochenen Demokratieoptimismus aus der positiven Korrelation von sozioökonomischer und demokratischer Entwicklung gewinnt, bleiben Analysen in der Tradition von Moore weitaus skeptischer, da sie neue strukturelle Barrieren in der gestiegenen Macht von Staat, Militär sowie der subalternen Integration in den Weltmarkt sehen (Rueschemeyer et al. 1992: 26).
- 19 Vgl. zu dieser Thematik insbesondere die Aufsätze von Scolpol, Evans und Rueschemeyer in: Evans/Rueschemeyer/Scocpol (1985).
- 20 Dies muß freilich häufig gegen die Ansicht der (autopoietischen) Systemtheoretiker selbst geschehen, da diese gerade eine solche „Anschlußmöglichkeit“ für theoretisch überflüssig, wenn nicht gar für unmöglich halten. So spricht Pollack in seiner Analyse des Zusammenbruchs der DDR nur unpräzise von „Systemungleichgewichten“, „Systementscheidungen“ oder gar von „angeblich existierenden Individuen“ (Pollack 1990: 170; 168).
- 21 Erstaunlicherweise diskutiert Przeworski weder an dieser noch an anderer Stelle das *free rider* Problem (Olson 1968) am Kollektivgut der Liberalisierung bzw. des Sturzes des autoritären Regimes. Vergleiche dazu und zur Korrespondenz von zunehmender Zahl der Oppositionsakteure und des abnehmenden Risikos am Beispiel der DDR: Prosch/Abraham 1991: 291ff; Opp 1991: 302ff.
- 22 Der Zivilgesellschaft unterstellt Przeworski in seinem Spiel zur Liberalisierungsphase deshalb die Handlungsfähigkeit eines kollektiven Akteurs, weil sie in dieser Phase intern noch wenig ausdifferenziert und organisiert ist, und ihr „Handeln“ sich zumindest in der Summe kollektiv an dem entscheidenden Konflikt von autoritärem Regime versus Opposition orientiert.
- 23 u.a. Regierung, Opposition, Sicherheitsapparat, Parteien, Verbände, Soziale Bewegungen etc.
- 24 Für die demokratische Konsolidierung in Südeuropa waren wirtschaftliche Reformen zwar ein wichtiges, aber keineswegs *das* zentrale Konsolidierungsproblem (vgl. Puhle in diesem Band). Dasselbe scheint für die noch nicht konsolidierten jungen Demokratien in Südamerika zu gelten (vgl. Nohlen/Thibaut in diesem Band).
- 25 bzw. sich über die Ratschläge des Hardard-Ökonomen Jeffrey Sachs in dem makroökonomischen Stabilisierungsprogramm des Balcerowicz-Plans in Polen 1989/90 niedergeschlagen hat.

- 26 R = radikale Transformationsstrategie; G = gradualistische Reformen; S = Status quo.
- 27 Systemische Ansätze fördern systematische quantitative Vergleiche, indem sie parallele Fragestellungen und die Selektion relevanter kontextgebundener abhängiger Vergleichsvariablen erlauben. An dieser Stelle muß der Hinweis genügen, daß zwischen makrosoziologisch-funktionalistischen und makrosoziologisch-strukturalistischen Ansätzen auch hinsichtlich ihrer Analysemethoden unterschieden werden muß. Während erstere häufig modernisierungstheoretisch-quantitative Vergleichsanalysen inspirieren, weisen strukturalistische Ansätze eine deutliche Affinität zu „konzeptionell-disziplinierten qualitativen Vergleichsstudien“ (Kitschelt 1991: 1028) auf. Darüber hinaus hat Barrington Moore (1965) in seiner zeitgleich mit Parsons funktionalistischer „Evolution of Modern Societies“ erschienenen strukturalistischen Analyse aufgezeigt, daß der Weg von der vormodernen zur modernen Gesellschaft auch die „katastrophischen Alternativen von Faschismus und Kommunismus“ (Ettrich 1992: 129) zur Demokratie bereitgehalten hat.
- 28 Mit Recht weist Frank Ettrich unter Berufung auf den Parsons-Schüler Samuel N. Eisenstadt daraufhin, daß jeder Ansatz in der Transformationsforschung sich für die Möglichkeit theoretisch offen halten muß, daß unter bestimmten Bedingungen „Differenzierung auch zu ‚Regression‘, Stagnation, Zusammenbruch und Entdifferenzierungsversuchen führen“ kann (Ettrich 1991: 129).
- 29 Natürlich geht auch Przeworski nicht von der Restriktionsfreiheit strategischen Handelns aus. Sein theoretischer Zugang bietet aber keinen Ansatz, der eine systematische Erfassung der *constraints* ermöglichen würde. Nicht zuletzt deshalb werden diese häufig mit der *ceteris paribus* Klausel im Dunkeln gelassen oder nur ad hoc illustrierend in die Analyse eingeführt (vgl. Przeworski 1991).
- 30 Für die Sozialwissenschaften tröstlich schreibt dazu Gary Marks: „The source of the inability of social scientists to predict political outcomes is, therefore not to be found in complexity and transient weakness of theory or insufficient data, but is inherent in certain types of situations...“ (Marks 1992: 66).

Literatur

- Alexander, Jeffrey C. (Hrsg.), 1985: Neofunctionalism, Beverly Hills.
- Almond, Gabriel/Powell, Bingham G. (Hrsg.), 1966: Comparative Politics, Boston.
- Arendt, Hannah, 1951: The Origins of Totalitarianism, New York.
- Ballemström, Karl Graf 1991: Aporien der Totalitarismus-Theorie, in: Politisches Denken Jahrbuch 1991, Stuttgart: 50-67.
- Beck, Silke, 1994: Das Konzept des Politischen, Ms. Heidelberg.
- Beyme, Klaus von, 1991: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt.
- Beyme, Klaus von, 1992: Auf dem Weg zur Wettbewerbsdemokratie? Der Aufbau politischer Konfliktstrukturen in Osteuropa, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Staat und Demokratie in Europa, Opladen: 149-167.
- Beyme, Klaus von, 1994: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a.M.
- Borkenau, Franz, 1940: The Totalitarian Enemy, London.
- Braun, Dietmar, 1993: Zur Steuerbarkeit funktionaler Teilsysteme: Akteurtheoretische Sichtweisen funktionaler Differenzierung moderner Gesellschaften, in: Windhoff-Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy Analyse, PVS-Sonderheft 24, Opladen: 199-222.
- Cutright, Philips, 1963: National Political Development: Measurement and Analysis, in: American Sociological Review (28): 253-264.
- Deutsch, Karl, 1966: The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control, New York.

- Diamond Larry/Marks, Gary, 1992: Seymour Martin Lipset and the Study of Democracy, in: dies. (Hrsg.): *Reexamining Democracy. Essays in Honor of Seymour Martin Lipset*, Newbury Park/London/New Dehli: 1-16.
- Durkheim, Emile, 1992: *Über soziale Arbeitsteilung*, Frankfurt.
- Easton, David, 1965: *A Systems Analysis of Political Life*, New York.
- Elster, Jon, 1979: *Ulysses and the Sirens*, Cambridge.
- Etrich, Frank, 1992: Von der Erfolgswissenschaft zur Krisenwissenschaft. Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa und Ostdeutschland als Herausforderung der deutschen Soziologie, in: *Soziologen-Tag Leipzig 1991: Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme*, Berlin: 122-145.
- Evans, Peter/Rueschemeyer, Dietrich/Skocpol, Theda (Hrsg.), 1985: *Bringing the State Back In*, Cambridge.
- Friedrich, Carl Joachim, 1957: *Totalitäre Diktatur*, Stuttgart.
- Friedrich, Carl Joachim (Hrsg.), 1954: *Totalitarianism*, Cambridge.
- Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew, 1965: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge Mass.
- Gurr, Ted 1974: Persistence and Change in Political Systems 1800-1971, in: *American Political Science Review* 4: 1482-1504.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1972: *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt.
- Karl, Terry Lynn, 1990: Dilemmas of Democratization in Latin America, in: *Comparative Politics* (23) 1: 1-21.
- Karl, Terry Lynn/Schmitter, Philippe C., 1991: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, in: *International Social Science Journal* (128), 269-284.
- Kitschelt, Herbert, 1992: Political Regime Change: Structure and Process-Driven Explanations?, in: *American Political Science Review* (86) 4: 1028-1034.
- Lijphart, Arend, 1992: Democratization and Constitutional Choice in Czecho Slovakia, Hungary and Poland 1989-1991, in: *Journal of Theoretical Politics*, 4: 207-233.
- Linz, Juan, 1990: The Perils of Presidentialism, in: *Journal of Democracy* (1) 1: 51-69.
- Linz, Juan, Valenzuela, Arturo (Hrsg.), 1994: *The Failure of Presidential Democracy*, Baltimore/London.
- Lipset, Seymour Martin, 1959/1980: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review*, 53; wiederabgedruckt in: dies. 1980 *Political Man*, Baltimore: 459-476.
- Luhmann, Niklas, 1969: *Legitimation durch Verfahren*, Neuwied/Berlin.
- Luhmann, Niklas, 1984: *Soziale Systeme. Grundrisse einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt.
- Luhmann, Niklas, 1986: *Ökologische Kommunikation*, Opladen 1986.
- Machiavelli, Niccolò, 1972: *Der Fürst*, Stuttgart.
- Marks, Gary, 1992: Rational Sources of Chaos in Democratic Transition, in: Marks, Gary/Diamond, Larry (Hrsg.): *Reexamining Democracy. Essays in Honor of Seymour Martin Lipset*, Newbury Park/London/New Dehli: 47-69.
- Marx, Karl, 1957: *Manifest der Kommunistischen Partei*, in: *Marx Engels Werke Bd. IV*, Berlin: 459-493.
- Merkel, Wolfgang, 1990: Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 51: 3-14.
- Merkel, Wolfgang, 1991: Warum brach das SED-Regime zusammen? Der „Fall“ (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien, in: Liebert, Ulrike/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Die Politik zur Deutschen Einheit*, Opladen: 19-50.

- Merkel, Wolfgang, 1994: Systemwechsel: Probleme der demokratischen Konsolidierung in Ostmitteleuropa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 18-19*: 3-11.
- Moore, Barrington, 1968: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie*, Frankfurt.
- Müller, Hans-Peter, 1983: *Wertkrise und Gesellschaftsreform*. Emile Durkheims Schriften zur Politik, Stuttgart.
- Neumann, Siegmund, 1942: *Permanent Revolution. Totalitarianism in the Age of International Civil War*, London.
- Nohlen, Dieter, 1988: *Mehr Demokratie in der Dritten Welt? Über Demokratisierung und Konsolidierung der Demokratie in vergleichender Perspektive*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 25-26*: 3-18.
- Nohlen, Dieter, 1992: *Präsidentialismus versus Parlamentarismus in Lateinamerika*, in: *Lateinamerika Jahrbuch 1992*: Frankfurt a.M.: 86-99.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C. 1986: *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore.
- Offe, Claus, 1991: *Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa*, in: *Merkur (45) 4*: 279-292
- Offe, Claus, 1994: *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/New York.
- Olson, Mancur 1968: *Die Logik kollektiven Handelns*, Tübingen.
- Opp, Karl-Dieter, 1991: *DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2*: 302-321.
- Parsons, Talcott, 1969a: *Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze*, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln/Berlin: 35-54.
- Parsons, Talcott, 1969b: *Evolutionäre Universalien der Gesellschaft*, in Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln/Berlin: 55-74.
- Pollack, Detlev, 1990: *Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR*, in: *Zeitschrift für Soziologie (19) 4*: 292-307.
- Prosch, Bernhard/Abraham, Martin, 1991: *Die Revolution in der DDR. Eine strukturell-individualistische Erklärungsskizze*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2*: 291-301.
- Przeworski, Adam, 1986: *Some Problems in the Study of the Transition to Democracy*, in: O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe C./Whitehead, Lawrence (Hrsg.): *Transitions from Authoritarian Rule*, Bd. 2, Baltimore: 47-63.
- Przeworski, Adam, 1990: *Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo*, in: *Transit 1*: 190-211.
- Przeworski, Adam, 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, New York.
- Przeworski, Adam, 1992: *The Games of Transition*, in: Mainwaring, Scott/O'Donnell, Guillermo/Valenzuela, J. Samuel (Hrsg.): *Issues in Democratic Consolidation: The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Notre Dame/Indiana: 105-152.
- Pye, Lucian, 1990: *Political Science and the Crisis of Authoritarianism*, in: *American Political Science Review 1*: 3-17.
- Rueschemeyer, Dietrich/Huber-Stephens, Evelyne/Stephens, John, 1992: *Capitalist Development & Democracy*, Cambridge.
- Sartori, Giovanni, 1993: *Totalitarianism, Model Mania and Learning from Error*, in: *Journal of Theoretical Politics 5 (1)*: 5-22.
- Schlangen, Walter, 1976: *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme*, Stuttgart 1976.